

Nr. 6

JUNI 2010

# Google-Street-View

Petermartin Oschmann (CDU): „Transparenz und Information sind die Gebote der Stunde“



„Wenn Google in Wiesbaden Aufnahmen für seinen „Street View“-Dienst machen möchte, muss sichergestellt sein, dass dies in einem transparenten Verfahren abläuft, der die Persönlichkeitsrechte der Wiesbadener Bürger berücksichtigt“, so begründete der finanzpolitische Sprecher der CDU-Rathausfraktion, Petermartin Oschmann,

den in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrag der Jamaika-Koalition.

Das flächendeckende Abfotografieren von Straßenzügen und Häuserzeilen, wie es für den „Google Street View“-Dienst notwendig ist sowie deren Veröffentlichung im Internet, sei mit nicht unerheblichen datenschutzrechtlichen Bedenken verbunden, so Oschmann.

Die CDU und ihre Koalitionspartner fordern daher, dass

- Wiesbadens Bürger rechtzeitig über die Aufnahmetermine informiert werden,
- Wiesbadens Bürger über ihre Widerspruchsmöglichkeiten informiert werden,
- der Magistrat prüft, ob er Widerspruch gegen die Veröffentlichung von Fotos städtischer Einrichtungen, die datenschutzrechtlich sensibel sind (wie z. B. Beratungsstellen) einlegt,
- der Magistrat sich dafür einsetzt, dass die Aufnahmhöhe der Kameras von derzeit 2,50 Meter auf 1,80 Meter reduziert wird.



„Gerade auch die Reduzierung der Aufnahmhöhe, wie auch von Bundesverbraucherschutzministerin Aigner gefordert, ist uns wichtig, da wir nicht wollen, dass Google auch noch über Hecken und Gartenzäune hinweg in die Gärten unsere Bürger schauen kann“, betonte der CDU-Politiker. Hierfür müsse der Magistrat sich bei Google stark machen, da dies nicht Gegenstand der Vereinbarung gewesen sei, die Google mit dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten im Juni 2009 getroffen habe.

„Wir wollen den „Street View“-Dienst nicht verhindern, aber angesichts der Tatsache, dass das Datenschutzrecht in Deutschland noch nicht vollends im Internetzeitalter angekommen ist, sind Transparenz und Informationen für unsere Bürger die Gebote der Stunde“, stellte Petermartin Oschmann abschließend klar.

Widerspruch kann unter [www.google.de/streetview](http://www.google.de/streetview) oder bei Google Germany GmbH, betr.: Street View, ABC-Straße 19, 20354 Hamburg, eingelegt werden.



## Termine im Juni

### Was? Wann? Wo? Der Terminplan Ihrer CDU Wiesbaden

Mittwoch 02.06.10 20.00 Uhr	CDU KLARENTHAL Dämmerschoppen im Ristorante „Firenze“ Goerdelerstraße 2	Montag 14.06.10 18.00 Uhr	AK WIRTSCHAFT Arbeitsmarktsituation in Wiesbaden mit Vertretern der Arbeitsagentur Rathaus, Zimmer 202
Mittwoch 02.06.10 20.00 Uhr	CDU MITTE Stammtisch im Symposion Dotzheimer Straße 24-26 (im Hof)	Freitag 18.06.10 18.00 Uhr	AK ZUKUNFT UND KOMMUNIKATION AK-Sitzung Rathaus, Zimmer 301
Dienstag 08.06.10 19.30 Uhr	CDU WALDSTRASSE/ADOLFSHÖHE Stammtisch in den Waldstuben Waldstraße/Holsteinstraße	Mittwoch 23.06.10 15.00 Uhr	SENIOREN UNION WIESBADEN Festveranstaltung 30 Jahre Senioren Union Haus der Heimat, Friedrichstraße 35
Mittwoch 09.06.10 16.00 Uhr	SENIOREN UNION WIESBADEN Bürgergespräch im Forsthaus Rheinblick Frauensteiner Straße 117 (Buslinie 24)	Mittwoch 23.06.10 19.30 Uhr	CDU KASTEL Stammtisch im Casino zum Frohsinn Thema: „Schule in AKK“ mit Stadträtin Rose-Lore Scholz
Mittwoch 09.06.10 20.00 Uhr	CDU BIERSTADT Stammtisch im Anker Venatorstraße 8	Mittwoch 30.06.10 19.00 Uhr	CDU DIETENMÜHLE Bürgergespräch im Hotel Klee, Parkstraße
Donnerstag 10.06.10 19.30 Uhr	CDU DELKENHEIM Stammtisch im „Adler“, Landwehrstraße	Samstag 03.07.10 15.00 Uhr	CDU WALDSTRASSE/ADOLDSHÖHE Treffen beim Waldstraßenfest der Kulturinitiative Waldstraße Schulhof der Diesterwegschule
Freitag 11.06.10 18.00 Uhr	CDU KASTEL Spargelessen bei Johann Wann in Kostheim Hauptstraße 52, Kostheim Kostenbeitrag: 10 EURO Gäste sind herzlich willkommen - Anmeldung bis 6.6.2010 unter: <a href="mailto:bkaltenbach@web.de">bkaltenbach@web.de</a> oder Telefon 06134-287210	Dienstag 06.07.10 19.30 Uhr	CDU Kohlheck Stammtisch in der Schönbergstube Schönbergstraße 19
Samstag 12.06.10 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr	CDU BIEBRICH Erdbeerfest in der Robert-Krekel-Anlage		

**NEUER TERMIN:**  
**Erdbeerfest**  
**der CDU Biebrich**  
**Sa., 12.06.10 10.00-12.00 Uhr**  
**Robert-Krekel-Anlage**





# Der Zivildienst ist gerettet

Liebe Leserinnen und Leser von Wiesbaden extra,

4536 junge Männer leisten derzeit in Hessen Wehersatzdienst ab: Sie arbeiten als Zivildienstleistende in sozialen Einrichtungen, pflegen und betreuen Kranke, Behinderte, Kinder oder Senioren und setzen sich in unserem Bundesland für die Schwächsten unserer Gesellschaft ein. Bundesweit zählte das Bundesamt für den Zivildienst am 1. Mai dieses Jahres 57.855 Zivis, die mit ihrer Arbeit unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, aber auch ihre eigene Persönlichkeit positiv prägen. Die Männer engagieren sich in Tätigkeitsfeldern, die sie sonst wahrscheinlich niemals kennen gelernt hätten und ziehen zumeist für sich selbst ein ausgesprochen positives Fazit ihres Dienstes. Denn sie merken, wie bereichernd es sein kann, sich für Andere einzusetzen und engagieren sich gerne.

Als Bundesfamilienministerin fällt der Zivildienst in meine direkte Zuständigkeit. Insofern freut es mich sehr, dass der Bundesregierung im Mai ein Durchbruch zur Rettung des Zivildienstes gelungen ist, für den ich mich sehr eingesetzt habe. Die beschlossenen Regelungen geben nun endlich allen Dienststellen und Zivildienstleistenden Klarheit und Planungssicherheit. Und das gilt selbstverständlich auch für alle Zivis und sozialen Einrichtungen in Wiesbaden! Was haben wir also konkret erreicht?

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung auf eine Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate festgelegt. Diese Verkürzung um 30 Prozent ist für den Zi-



vildienst ein herber Verlust. Nun wurde nach kontroversen Debatten eine sachgerechte und für den Zivildienst positive Lösung erreicht: In Zukunft haben alle Zivis die Möglichkeit, den sechsmonatigen Dienst freiwillig um mindestens drei und höchstens sechs Monate zu verlängern. Die Einführung dieses freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes ist ein Schritt mit großer Bedeutung. Denn das neue Angebot wird dazu beitragen, die hohe Qualität des Zivildienstes zu erhalten und ihn auch künftig für die jungen Männer, aber auch für die Einsatzstellen – nicht zuletzt im Interesse der dort betreuten Menschen – sinnvoll und attraktiv zu gestalten. Die äußerst positive Resonanz der Wohlfahrtsverbände als Träger der meisten Zivildienstplätze auf die Einigung zeigt mir, dass wir eine richtige Entscheidung getroffen haben.

Im freiwilligen zusätzlichen Zivildienst erfahren junge Männer weitgehend die Rechtsstellung eines

Pflichtdienst leistenden Zivis, d.h. insbesondere, dass sie ebenso gut versichert, arbeitsrechtlich geschützt und sozial abgesichert sind. Die Zivildienstleistenden haben so künftig die Möglichkeit, die biografische Lücke zwischen dem Ende des Pflicht-Zivildienstes und dem Beginn von Ausbildung oder Studium mit sinnvollem Engagement auf einer guten und ausgesprochen bürokratiearmen rechtlichen Basis zu schließen. Wir gehen davon aus, dass ungefähr ein Drittel der jungen Männer einen freiwilligen zusätzlichen Zivildienst beantragen wird.

Gegen die Sorge, manche Dienststellen könnten die Zusage eines Zivildienstplatzes von einer längeren Verpflichtung abhängig machen, haben wir mehrere Sicherungsmechanismen eingebaut: So kann der freiwillige zusätzliche Zivildienst erst zwei Monate nach Antritt des Pflichtdienstes verabredet werden, außerdem kann er jederzeit von dem jungen Mann beendet werden. Ich halte diese Sorge aber auch für unbegründet: Schon heute wäre es ja denkbar, die Vergabe eines Zivildienstplatzes etwa von einer Verpflichtung zu einem anschließenden Praktikum oder einem sechsmonatigen Freiwilligen sozialen Jahr abhängig zu machen – uns ist aber kein einziger Fall bekannt, in dem sich ein junger Mann über einen solchen Nötigungsversuch beklagt hätte. Außerdem gibt es in allen Regionen ausreichende Zivildienstplätze, so dass jeder Versuch einer Nötigung schon angesichts der nahe liegenden Ausweichmöglichkeiten für die jungen Männer völlig ins Leere laufen würde. Sollte ein Träger dies doch versuchen, so ris-



kiert er die Aberkennung.

Neben der Stabilisierung eines attraktiven Zivildienstes liegt mir auch die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste am Herzen. Im freiwilligen sozialen Jahr und im freiwilligen ökologischen Jahr engagieren sich zur Zeit rund 37.500 junge Menschen jährlich in unterschiedlichen Feldern, z.B. in sozialen Einrichtungen, im ökologischen und kulturellen Bereich und im Sport.

Den im Koalitionsvertrag vereinbarten qualitativen und quantitativen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste wollen wir zügig umsetzen, dabei wird sowohl eine Steigerung der Zahl der geförderten Plätze als auch eine maßvolle Erhöhung der Förderpauschalen in Aussicht genommen. Dadurch und durch strukturelle Anpassungen wird es uns gelingen, die Freiwilligendienste noch attraktiver zu machen.

Zivildienst und Freiwilligendienste sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutend. Es ist daher wichtig, dass die Politik vertrauensvoll mit diesen Institutionen umgeht. Dafür werde ich mich als Familienministerin auch in Zukunft einsetzen – im Sinne der Dienststellen und der jungen Menschen in Wiesbaden und ganz Deutschland!

Ihre Kristina Schröder

## Dialog der Kulturen

Während eines mehrtägigen Wiesbaden-Aufenthaltes von Ribal Al-Assad, Gründer und Direktor der internationalen Organisation für Demokratie und Freiheit in Syrien, ODFS, und Eigentümer und Betreiber des einzigen unabhängigen arabischen Fernsehsenders



ANN Arab News Network, kam es zu einem sehr ausführlichen Dialog zwischen Horst Klee und Ribal Al-Assad. Die Ziele der ODFS – Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Medienfreiheit, Gleichstellung von Frauen, Kampf gegen den Extremismus und der Friedensprozess im Mittleren Osten führten zu einem sehr tiefgehenden Meinungsaustausch.

Gleichzeitig zeigte sich Horst Klee als exzellenter Botschafter deutscher und hessischer Kultur. Ribal Al-Assad wird sicherlich in den kommenden Jahren bei deutschem Spargel und Frankfurter Grüner

Soße immer daran denken, dass ihm diese lokalen Genüsse durch den Wiesbadener CDU-Vorsitzenden nähergebracht wurden.

Die Wiesbadener CDU Mitglieder Rolf Ohler und Rui Oesterlen sind seit langen Jahren persönliche Vertraute und Berater von Ribal Al-Assad und seines Vaters, dem ehem. stv. Syrischen Staatspräsidenten Dr. Rifaat Al-Assad und stehen den deutschen Organisationen von ODFS, UNA (United Nationals Alliance), sowie ANN Arab News Network als Direktoren, bzw. Präsidenten vor. Dr. Rifaat Al-Assad und Ribal Al-

Assad sehen Deutschland als wichtigstes Partnerland im Brückenschlag der Kulturen und des Dialoges zwischen der arabischen Welt und Europa an und werden daher in den kommenden Jahren die Präsenz in Deutschland deutlich ausweiten.

Sämtliche politischen Gespräche während seines Aufenthaltes bestärken Ribal Al-Assad in seiner Entscheidung, das Engagement in Deutschland auszuweiten.

Für Juni ist ein erneuter 8-tägiger Besuch in Wiesbaden geplant, an dem auch Dr. Rifaat Al-Assad teilnehmen wird. Neben politischen Gesprächen werden dann auch über ODFS Deutschland und UNA Deutschland intensive Gespräche mit Vertretern der Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Umweltschutzorganisationen geführt. Der Dialog wird fortgesetzt.



# Rege Teilnahme erwünscht: „Brückenlauf“ für die Brückenschule

Aus dem Landtag von Astrid Wallmann (MdL)



Wer gesund ist, geht in die Schule und wer chronisch krank ist, bleibt daheim. So oder ähnlich könnte man zurzeit die Situation an verschiedenen hessischen und außerhessischen Schulen, beschreiben. So scharf stellt sich das Problem in Wiesbaden nicht, verbesserungsfähig ist die Situation allemal. Hier gibt es die so genannte „Brückenschule“, die Katharina Queck und ich mit zahlreichen Mitgliedern des Arbeitskreises Schule und Kultur des CDU-Kreisverbandes Wiesbaden kürzlich besucht haben.

Die Brückenschule ist eine staatliche Förderschule des Landes Hessen; Schulträger ist die Stadt Wiesbaden. Die Schule existiert seit dem 1. Februar 1985. Seit 2002 ist die Schule überregionales sonderpädagogisches Beratungs- und Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Pädagogik: Kinder, die längerfristig krank sind und nicht ihre Regelschule besuchen können, werden in der Brückenschule unterrichtet. Die schulische Unterweisung ist kostenlos und erfolgt nach den Lehrplänen der die kranken Kinder abgebenden Schule, der sog. Stammschule. Um die pädagogische Arbeit in der Stammschule möglich ohne Brüche kontinuierlich fortführen zu können, findet ein permanenter Austausch zwischen den Lehrern der aufnehmenden und der abgebenden Schule statt. In der Brückenschule können Schulabschlüsse der Hauptschule und der Realschule erworben werden. In Ausnahmefällen können weitere Abschlüsse erreicht werden.

Die CDU-Besucher wurden von der Schuldirektorin, Frau Löffler-Ebing, und ihrer Stellvertreterin, Frau Kling-Lünser, empfangen. In unserem Gespräch ging es vor allem um die beengte Raumsituation der Brückenschule, die im Schulzentrum in der Karl-Arnold-Straße angesiedelt ist. Unser Eindruck war folgender: Es gibt zu wenig Klassenzimmer, es fehlen Bewegungs- und Rückzugsräume und gehbehinderte Kinder können gar nicht aufgenommen werden.

Die ca. 110 Kinder müssen teilweise im Flur der Grundschule Schelmengraben oder im Keller eines Altenheimes von den 21 Lehrern der Schule unterrichtet werden. Auch die Toiletten im Keller des Altenheims müssen als nicht akzeptabel bezeichnet werden. Im Übrigen werden jede Woche Anträge auf Aufnahme weiterer kranker Kinder gestellt, die wegen der beschriebenen Situation von der Schulleitung abgelehnt werden müssen – die Grenze der Aufnahmekapazität der Schule ist nicht nur erreicht, sie ist weit überschritten.

Das soll sich durch den Bau eines neuen Gebäudes ändern, ein passendes Grundstück ist gefunden, die Frage der Finanzierung ist allerdings noch ungeklärt. Um Geld für den Neubau zu erhalten, findet am 26. August der sog. „Brückenlauf“ in Wiesbaden statt, anlässlich dessen Spendengelder für den Bau des neuen Gebäudes

akquiriert werden sollen – Katharina Queck und ich werden auf jeden Fall dabei sein und wir hoffen auf eine rege Teilnahme von unseren CDU-Mitgliedern.





## Dankbarkeit für die Wiedervereinigung in Freiheit - Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam anpacken Gemeinsame Veranstaltung von MIT und CDA mit Friedhelm Ost

Vor zwanzig Jahren wurde mit der Wiedervereinigung in Freiheit und Demokratie die über vierzig Jahre währende deutsche Teilung beendet – Anlass zu einem dankbaren Rückblick auf die Ereignisse der Wendezeit wie auch zu einem Blick auf die heute anstehenden Herausforderungen.

Zum Thema „20 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Ausblick“ sprach Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost, ehemaliger Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, auf Einladung der Mittelstandsvereinigung (MIT) und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Wiesbaden im Haus der Heimat.

Friedhelm Ost, der zur Wendezeit als wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl unmittelbarer Augenzeuge des Wiedervereinigungsprozesses war, erinnerte die Zuhörer, darunter der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Stadtrat Detlev Bendel, an die friedliche Revolution in der DDR und den schwierigen Prozess zur Wiedervereinigung. Heute werde oft vergessen, dass mit der friedlichen Revolution in der DDR der Weg zur Einheit beileibe noch nicht frei gewesen sei. Vielmehr habe es großer diplomatischer Anstrengungen bedurft, um Freunde, Nachbarn und nicht zuletzt die Sowjetunion unter Michael Gorbatschow zu überzeugen, dass von einem wiedervereinigten Deutschland keine Gefahr für



den Frieden in der Welt ausgehen würde. Helmut Kohl habe die historische Chance zur Einheit gesehen und genutzt – durch viele Gespräche, Telefonate und Besuche: „Das Fenster zur Einheit stand nur kurze Zeit offen“, betonte Ost. Helmut Kohl habe – im Gegensatz zu vielen anderen Politikern in Deutschland, leider auch in der Union – immer am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten. Er habe auch als erster durch sein „Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit“ vom November 1989, als er übrigens noch von einem Zeitraum von drei bis vier Jahren bis zur Einheit ausging, die Initiative in Richtung Deutsche Einheit ergriffen.

Natürlich habe es im Zuge der Wiedervereinigung auch Fehler und Fehleinschätzungen gegeben, räumte Ost ein. Aber: Wenn damals die DDR allgemein anerkannt als eine der größten Industrienationen der Welt gegolten habe – woher hätte man wissen sollen, wie marode die DDR-Wirtschaft wirklich war?

Auch auf anderen Gebieten wandte Ost sich gegen eine nostalgische Verklärung der DDR: Die hohe Umweltbelastung von Luft, Boden und Wasser und die schlechten Ar-

beits- und Wohnbedingungen hätten dazu geführt, dass die Lebenserwartung in der DDR um fünf Jahre geringer gewesen sei als in der Bundesrepublik – das werde heute oft vergessen. Vor allem aber sei die DDR gnadenlos mit ihren alten Menschen umgegangen. Es sei ihm unvergesslich, wie ihm beim Besuch eines Feierheimes (Altenheims) in Mecklenburg auf seine Fragen nach den schlechten Wohn- und Sanitärbedingungen immer wieder geantwortet worden sei: „Für die Alten reicht das doch!“. Schließlich sei die DDR-Geschichte bis heute nicht aufgearbeitet worden, viele heutige Schülerinnen und Schüler wüssten über das Unrecht in der DDR nicht mehr Bescheid.

Im Hinblick auf die heutigen Herausforderungen durch den demographischen Wandel, die Finanzkrise und den Klimawandel forderte Ost, der als Bundestagsabgeordneter (1990-2002) auch Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses gewesen war, zu mehr Optimismus und zur Besinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auf: „Unsere Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf den Prinzipien der katholischen Soziallehre und der protestantischen Ethik beruht, die auf Menschenwürde, Moral, Maß und Mitte setzt. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – ohne Angst vor Veränderungen.“

*Christian Poplutz*



# MIT Wiesbaden unterstützt Etablierung eines Möbelmarktes in Kastel

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) Wiesbaden unterstützt die Ansiedlung eines Möbelhauses im Gewerbegebiet Petersweg Ost in Kastel und befürwortet eine sofortige Umsetzung. Der Petersweg Ost ist schließlich das größte gewerbliche Erschließungsgebiet in Wiesbaden und würde durch die Ansiedlung eines Möbelmarktes weiter gestärkt werden.

Im Kasteler Gewerbegebiet sollen zusammen mit einem Möbelhaus ein Bau-, Heimwerker- und Gartenmarkt sowie ein Gartencenter errichtet werden. Der neue Petersweg Ost schließt sich an das bereits voll besiedelte Gewerbegebiet Petersweg West an. Die zentrale Lage zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz sowie der kurze Weg zur Autobahn machen den Standort optimal.

Im Rhein-Main-Gebiet bestehe Bedarf für weitere Möbelhäuser und daher sollte auch die Chance genutzt werden, die hervorragende Kaufkraft in Wiesbaden zu halten und zusätzliche Kaufkraft aus der umliegenden Region nach Wiesbaden zu leiten. Mit der Ansiedlung dieses großflächigen Vorhabens mit einer geplanten Gesamtverkaufsfläche von ca. 41.000 m<sup>2</sup> werden Angebotsdefizite im Wiesbadener Einzelhandel ausgeglichen.

Hier wird aber keine Konkurrenz zu den Geschäften in der Innenstadt entstehen, sondern dem Wunsch vieler Kunden, ein möglichst umfassendes Angebot von Randsortimenten unter einem Dach vorzufinden, entsprechen werden. Dadurch gewinne der Wirtschaftstandort Wiesbaden an Attraktivität und ziehe auch zu-

sätzliche Kunden in die Innenstadt. Ferner ist damit zu rechnen, dass bis zu 500 neue Arbeitsplätze entstehen. Auch dieser Gesichtspunkt sollte mit in die Entscheidung über die Ansiedlung am Petersweg Ost einbezogen werden.

Um größere Verkehrsstaus zu vermeiden, wird natürlich der Ausbau des ÖPNV und des straßengebundenen Verkehrs, mit den entsprechenden positiven Folgen eines generell verbesserten Verkehrsflusses für die Anlieger, unmittelbar vor Beginn der Baumaßnahmen erheblich verbessert werden müssen.

Wiesbaden ist wirtschaftlich auf gutem Weg nach vorne. Daher ist es der MIT Wiesbaden unverstündlich, wie die SPD-Fraktion in Wiesbaden alles gegen die Ansiedlung eines Möbelmarktes am Petersweg Ost unternimmt. Mit ihrem Verhalten werden entstehende Arbeitsplätze im Vorfeld vernichtet und Gewerbetreibende aus Wiesbaden verjagt. Dies ist besonders verwunderlich, wenn man bedenkt, wie sehr die SDP-Geführten Städte Wallau und Mainz für ein solches Projekt werben.

Nach Auffassung der MIT Wiesbaden ist ein solches Verhalten der SPD-Fraktion im höchsten Maße wirtschaftsfeindlich und schädigt auch das Ansehen der Stadt Wiesbaden. Dies auch im Hinblick darauf, dass nicht nur zum Beispiel auf der Immobilienmesse EXPO REAL in München im Oktober 2009 die Stadt Wiesbaden auch für das Gewerbegebiet Petersweg Ost geworben hat und auch weiterhin werben wird.

Renate Diefenbach



## MIT-KLAUSURTAGUNG

Zu ihrer diesjährigen Klausurtagung am 08. Mai 10 zog sich die MIT Wiesbaden standesgemäß in das schöne Schloss Rheinfels nach St. Goar zurück. Bei ihrer alljährlichen Klausurtagung hielten die Vorstandsmitglieder und Mitglieder Rückblick auf die vergangene Session und planten sodann für die neue, auch im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl am 27. März 2011.

(Renate Diefenbach)

## Impressum

Herausgeber: CDU Wiesbaden Kreisverband

Redaktionsanschrift: Frankfurter Str. 18, 65189  
Tel. 06 11 / 30 60 01 Fax 06 11 / 37 33 29  
E-mail: kv@cdu-wiesbaden.de  
Redaktion: Ulrich Weinerth (verantwortlich)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugspreis: € 0,51 (wird durch Mitgliedsbeitrag monatlich bezahlt) - Druckort Wiesbaden  
www.cdu-wiesbaden.de

Dieser Raum bleibt für die Anschrift frei.

Postvertriebsstück D 7797 Wiesbaden - extra  
CDU Kreisverband, Frankfurter Str. 18, 65189 Wiesbaden

## Im Juni gratulieren wir sehr herzlich

### zum 90. Geburtstag

16.06.10 Rudolf Renner, Breckenheim

### zum 80. Geburtstag

28.06.10 Dr. Augustin-A. Bidian, Südost

### zum 75. Geburtstag

26.06.10 Siegrun Lortz, Biebrich  
29.06.10 Jürgen Wamser, Heßloch  
30.06.10 Horst Armonies, Dietenmühle

### zum 70. Geburtstag

14.06.10 Ursula Rusek, Auringen  
15.06.10 Herbert Jantsch, Walkmühltal  
20.06.10 Lothar Piltz, Nordenstadt

### zum 65. Geburtstag

04.06.10 Wolfgang Nickel, Naurod  
22.06.10 Frauke Krone, Kastel  
30.06.10 Hans Dieter Preuß, Bierstadt

### zum 60. Geburtstag

08.06.10 Monika Kilian-Hochgenug  
Schierstein  
29.06.10 Elisabeth Meilinger  
Dietenmühle



# Fahrradtour zu Gunsten von Zwerg Nase e.V.

Alle zwei Jahre organisiert die Junge Union Wiesbaden eine Spenden-Fahrradtour.

Wir treten für einen guten Zweck in die Pedale und fahren viele verschiedene Orte in Wiesbaden an, um Aufmerksamkeit für soziales Engagement bei den Bürgern zu wecken.

Nach der letzten erfolgreichen Tour setzt sich diesmal die Junge Union Wiesbaden am **Sonntag, den 04. Juli 2010**, für Zwerg Nase ein, wird „Gummi gegeben“ und sportlichen Einsatz zeigen. Die diesjährigen Anlaufstationen können Sie dem „Tourplan 2010“ entnehmen.



Die Junge Union freut sich, wenn viele Mitglieder an einer der Anlaufstationen das Peloton empfangen und ihr Engagement für Zwerg Nase zeigen.

Die JU wird ca. 10 Tage vorher an den Anlaufstationen Plakate aufhängen.

Im Vorfeld und im Verlauf der Fahrradtour werden Spenden für Zwerg Nase gesammelt, um die Arbeit für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern zu unterstützen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.